



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/500.02-2

Drucksache XVIII-2230 E
Datum 08.07.2010

Beschluss

des Hauptausschusses gemäß § 15 Absatz 3 BezVG

Geplanter Umzug der Drogenberatungs- und Behandlungsstellen Stay Alive und ABC in die Virchowstraße 15

Zum 1. Januar 2011 plant der Träger „Jugendhilfe e.V.“ mit seinen Suchthilfeeinrichtungen „Stay Alive“ und „Assessment - und Behandlungscenter“ (ABC) in die leer stehende alte Gewürzmühle in der Virchowstr.15 im Bezirk Altona umzuziehen. Das Aufgabenspektrum des Stay Alive umfasst neben dem Angebot der Drogenkonsumräume die psychosoziale Betreuung und die ausstiegsorientierte Beratung.

Neben stadtteilübergreifender Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen ist der Umzug nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die jetzigen Räumlichkeiten des ABC und des Stay Alive aufgrund ihrer Größe und Ausstattung den Anforderungen an eine optimale Beratung und Betreuung suchtkranker Menschen nicht mehr gerecht werden. Das ABC wird im Wesentlichen von Personen aufgesucht, die entweder bereits vom Projektverbund Wohngruppen betreut werden oder in diesen aufgenommen werden sollen.

Die Kontakt- und Beratungsstelle Stay Alive des Trägers Jugendhilfe e.V. befindet sich seit 1994 am Standort Davidstr. 30 (Bezirk Hamburg-Mitte), das ABC seit 2005 am Standort Große Bergstraße. Der neue Standort befindet sich im Stadtteil Altona-Altstadt im Gewerbegebiet Virchowstraße/Eschelsweg in unmittelbarer Nähe zum Sanierungsgebiet Altona Altstadt S5.

Neben dem Sanierungsverfahren, das auf die Funktionswiederherstellung (Einzelhandel) des östlichen Teils des Altonaer Bezirkszentrums abzielt, ist Altona-Altstadt unter dem Leitbild „Familienfreundliches Quartier“ Programmgebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung und Fördergebiet Soziale Stadt (RISE).

Aufgrund der Kriminalisierung suchtkranker Menschen bestehen im subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ernstzunehmende Ängste vor möglicher Beschaffungskriminalität und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, insbesondere Drogenhandel, im Umfeld der Einrichtung.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Hauptausschuss stellvertretend für die Bezirksversammlung:

- 1. Die Bezirksversammlung Altona unterstützt die wichtige Arbeit der Beratungsstellen „Stay Alive“ und „Assessment - und Behandlungscenter“ (ABC) bei der Erfüllung des gesetzlichen Anspruches von suchtkranken Menschen auf gesundheitliche Hilfe und soziale Integration. Der Herr Bezirksamtsleiter wird gebeten, den Umzug der Beratungs- und Behandlungsstellen Stay Alive und ABC in die Virchowstr.15 zum 1. Januar 2011 im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach Maßgabe dieses Beschlusses zu unterstützen.**

2. Die Nutzungsgenehmigung ist mit folgenden Auflagen zu versehen:

- **Betrieb für maximal 100 Personen,**
- **Einfriedung des Hofgeländes.**

3. Das Bezirksamt Altona richtet unverzüglich bis zur Etablierung des Risebeirats einen für die Anwohner der neuen Suchtberatungsstelle Virchowstraße offenen Runden Tisch ein, an dem aktuell auftauchende Fragen oder Probleme besprochen und einer Lösung zugeführt werden können. An dem Runden Tisch nehmen neben den Anwohnern ein Amtsvertreter, ein Sachverständiger aus dem Suchtbereich, ein Vertreter der Polizei sowie ein Vertreter der Einrichtung und Vertreter der Bezirksversammlung teil.

Der Runde Tisch findet alle drei Wochen zu einem festen Termin statt.

4. Das Bezirksamt, der Träger „Jugendhilfe e.V.“ und die Polizei werden aufgefordert, vor Eröffnung ein Konzept zur Prävention von Beschaffungskriminalität und Drogenhandel im Umfeld der Einrichtungen zu entwickeln. Dazu gehört auch die Mitwirkung der Einrichtungen im Sanierungsbeirat Altona-Altstadt S5 und im noch zu schaffenden Stadtteilbeirat, im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung.

5. Über den Fortgang der Umsiedlung des Stay Alive und des ABC sowie die Aufnahme des Beratungs- und Behandlungsbetriebes ist dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren regelmäßig zu berichten. Im Falle von Beschwerden und negativen Umfeldauswirkungen ist dort zu berichten, um den Bedenken der Anwohner Rechnung tragen zu können.